



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/81 - 6. April 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Stürmische Stunden im Parlament	S. 1
Ein Rücktritt aus Protest/Bericht aus Italien	S. 3
Ein aufschlussreicher Brief	S. 5
Gehobene Fürsorge für Rentner !	S. 6
Anhang: Interview Ollenhauers mit "Observateur"	

Wahlkampfatmosphäre

sp - Der Deutsche Bundestag hat bei der Beratung eines Gesetzesentwurfes der Freien Demokraten über den Erlass einer Amnestie ungewohnt stürmische Szenen erlebt. Sie zeigten die Fiebertemperatur an, in der sich das Parlament wenige Monate vor seinem Abtritt befindet. Es war gut, dass sich der Bundestag entschloss, die Debatte über das Amnestiegesetz abzubrechen und sie an einen späteren Zeitpunkt abwickeln zu lassen - denn in dieser Atmosphäre aufgewühlter Leidenschaften wäre sicherlich nichts Erspriessliches herausgekommen.

Eine Bemerkung Herbert Wehners, die sich, wohlgerichtet, auf die Konstruktion des gedanklichen Gebäudes bezog, hinter der sich der Innenminister bei der Begründung für die Verwerfung des Amnestie-Gesetzesentwurfes verschanzte, brachte die grösste Regierungspartei in Rage. Das Stichwort lieferte Dr. Schröder selbst als er das Eintreten für die Amnestie zu einer Anfälligkeit für den Kommunismus abtempelte. Wehners Antwort auf diese Ungehörigkeit war nur eine notwendige Klarstellung. Der Innenminister selbst zeigte durch sein Verhalten, dass er offenbar nur auf diese Gelegenheit gewartet hatte, um den "Fall Wehner" erneut aufzurollen und somit das Ziel zu erreichen, das von Anfang an fest stand: Diesen unerbittlichen Kritiker der Kanzlerpartei und Dränger nach der deutschen Wiedervereinigung von der Bühne seiner politischen Wirksamkeit zu verdrängen. Sie sagen Wehner und meinen die SPD. Sie wollen sie als unbequeme Opposition ausschalten, sie als national unzuverlässige Kraft diskreditieren. Dieses Ablenkungsmanöver soll die deutschen Wähler von

den Preissteigerungen und den Konsequenzen der atomaren Rüstungspolitik der Regierung ablenken - also Wahldemagogie schlimmster Art; sie handelt nur eine Partei, die weiss, dass es um ihre Sache nicht gut steht.

Das "Echo der Zeit" war unvorsichtig genug, schon lange vor diesen stürmischen Auseinandersetzungen den Rücktritt Wehners von seiner Funktion als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses zu verlangen; und der "Rheinische Merkur", das Leibblatt des Kanzlers, konnte in diesem Chor nicht fehlen. Wenn die CDU erwartete, dass die Sozialdemokratie dieses Manöver nicht durchschauen oder gar vor unbilligen Drohungen und Einschüchterungen zurückweichen würde, dann sah sie sich durch die wirkungsvolle Erklärung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und Bundestagsfraktion, Erich Ollenhauer, enttäuscht. Die SPD lässt sich die Besetzung politischer Ämter nicht von der Kanzlerpartei vorschreiben, sie steht, wie es auch gar nicht anders sein kann, zu den Männern, die ihr uneingeschränktes Vertrauen geniessen.

Die Vorgänge vom letzten Donnerstag und Freitag haben jedoch eine tiefere Bedeutung. Sie zeigen den Gegensatz auf, der zwischen den Parteien der Regierung und der Opposition in entscheidenden Fragen der deutschen Politik besteht und an dem sich die politischen Leidenschaften entzünden. Hier geht es nicht um Männer, hier geht es um politische Notwendigkeiten und um bestimmte Verhaltensweisen.

Selbst CDU-Vertreter wie der gegenwärtige Postminister Lemmer und der amtierende Vizepräsident Dr. Garstenmaier befürworteten eine Amnestie aus politischen Gründen, weil sie zur inneren Befriedung unseres Volkes beitragen kann und von ihr Wirkungen ausgehen würden, denen sich auf die Dauer auch Pankow nicht entziehen könnte, will es nicht als der ewige Störenfried erscheinen. Und abgesehen davon: Die Gewährung einer Amnestie wäre nach aussen hin eine äusserst wirksame Form der Bekundung des Vertrauens und der überlegenen inneren Stärke unseres demokratischen Staates. Die Kreuzzugritter des Kalten Krieges halten freilich nicht viel davon, ihnen liegen solche Gedankengänge fern. Für sie ist die Bundesrepublik nur dann "stark", wenn sie über Zähne und Klauen und Atomwaffen verfügt und zeigt, was eine Harke ist. Gerade diese Mentalität und Geisteshaltung, Niederschlag einer unglücklichen Epoche jüngster deutscher Geschichte, steht uns nicht an, wenn wir wirklich ein in Frieden und Freiheit geeintes Deutschland erreichen wollen. Sie ist geeignet, in unserem Volke neue Gräben aufzureissen, statt die bestehenden zu überbrücken.

Unbehagen um Italiens Verfassungsgerichtshof

P.E. Rom, Anfang April.

Zum zweiten Male im Laufe eines Jahres - und diesmal endgültig - hat Enrico De Nicola seinen Rücktritt von der Würde eines Präsidenten des italienischen Verfassungsgerichtshofes bekanntgegeben und zugleich auch sein Amt als Mitglied dieses Tribunals zurückgelegt. Angesichts der besonderen Stellung, die De Nicola, Senator und früherer Staatspräsident, im öffentlichen Leben Italiens einnimmt und des grossen Ansehens, dessen sich der bald achtzigjährige Rechtsgelehrte und Politiker in ganz Italien, besonders aber in seiner engeren Heimat Neapel erfreut, hat seine Demission allenthalben grosses Aufsehen und Unbehagen erregt. Dabei wurde vor allem die Frage aufgeworfen, ob man in dem Schritt De Niccolas den Ausdruck einer Krise der ganzen Institution des Verfassungsgerichtshofes zu erblicken habe, oder ob es sich hier nur um die Auswirkungen persönlicher Differenzen zwischen dem Präsidenten und seinen engeren Mitarbeitern gehandelt habe.

Bis vor wenig mehr als einem Jahr ist Italien der einzige Kulturstaat des Westens gewesen, der nicht nur keinen Verfassungsgerichtshof besass, sondern eine solche Institution auch in seiner ganzen früheren Geschichte nie gekannt hat. Wenn etwa Deutschland bis zur Macht ergreifung Hitlers im Leipziger Reichsgericht eine solche oberste richterliche Instanz zur Überprüfung der Gesetzmässigkeit behördlicher Verfügungen aufzuweisen hatte, eine Instanz, die erst durch die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus entmachtet wurde, so gab es in Italien bereits vor der faschistischen Ära keine Einrichtung dieser Art; lediglich das Parlament bot dem Bürger einen gewissen Schutz vor Willkürakten der staatlichen Exekutive.

Es war daher ein sehr wichtiger Beschluss der Verfassungsgebenden Versammlung nach dem Sturz des Faschismus, in die neue italienische Konstitution ein oberstes richterliches Organ einzubauen, das diesen Schutz des Bürgers vor der Allmacht der Exekutive übernehmen sollte. Freilich dauerte es dann volle zehn Jahre, bis die hierauf bezüglichen Bestimmungen der neuen Verfassung verwirklicht werden konnten, denn es erwies sich als ausserordentlich schwierig, die vom Parlament zu wählenden Verfassungsrichter zu finden, die imstande waren, die erforderliche qualifizierte Mehrheit der Abgeordnetenstimmen auf sich zu vereinigen. Als das neue Tribunal dann endlich doch zusammentreten

konnte, wählte es einmütig Enrico De Nicola zu seinem Präsidenten.

Unter seiner Leitung hat der Verfassungsgerichtshof dann in wenig mehr als einem Jahr sehr fruchtbare Arbeit geleistet und eine ganze Anzahl von Gesetzen, die zur Zeit des Faschismus geschaffen worden waren, als unvereinbar mit der neuen Konstitution aufgehoben. Hierbei aber sah sich die "Corte Costituzionale" nicht nur der scharfen Opposition der Rechtsparteien gegenüber, sondern auch einer gewissen passiven Resistenz der Exekutivbehörden, insbesondere der Polizei, die offensichtlich wenig Lust hatte, auf gewisse bequeme Machtinstrumente zu verzichten, die die faschistische Gesetzgebung ihnen eingeräumt hatte.

Wenn man sich an den Wortlaut des in diesen Tagen veröffentlichten Briefwechsels zwischen De Nicola und seinen Richterkollegen halten will, so wird man zu letz Schluss gelangen, dass es sich diesmal um rein persönliche Differenzen und Empfindlichkeiten innerhalb des Richterkollegiums gehandelt habe. Aber diese Erklärung überzeugt keineswegs die gesamte öffentliche Meinung Italiens. Vielmehr ist man weit-
hin der Meinung, dass auch diesmal eine mangelnde Bereitschaft der Regierung, mit dem Verfassungsgerichtshof zusammenzuarbeiten, den Entschluss De Nicolas zumindest mitbestimmt habe. Man hat in diesem Zusammenhang sogar die Person des Papstes in die Debatte gezogen. Pius XII. beklagte nämlich kürzlich gewisse Anzeichen der in Rom grassierenden Unmoral und erwähnte in diesem Zusammenhang mit deutlicher Missbilligung eine Sentenz des Verfassungsgerichtshofes, durch die die polizeiliche Vorzensur von Plakaten als verfassungswidrig aufgehoben wurde.

Wenn eine weit verbreitete Auffassung zutrifft, soll De Nicola in der Unterbleiben jeglicher Reaktion seitens der Regierung auf diese Äusserung des Heiligen Vaters eine Missachtung des Verfassungsgerichtshofes erblickt haben. Seiner Auffassung nach hätte die italienische Regierung die höchste Rechtsinstanz des Landes in irgendeiner Form in Schutz nehmen und gegen die erwähnte Äusserung des Papstes Einspruch erheben sollen.

Wie immer sich dies alles in Wahrheit verhalten haben mag - berechtigt bleibt die Vermutung, dass der Rücktritt De Nicolas symptomatisch dafür ist, dass der italienische Verfassungsgerichtshof - als sehr junge Institution - heute noch schwer gegen altverwurzelte Vorstellungen gewisser bisher privilegierter Gruppen im Staat zu kämpfen hat. Es dürfte wohl noch eine ganze Weile dauern, bis sich die Italiener vom Minister bis zum einfachen Mann von der Straße, daran gewöhnt haben werden, dass über ihnen allen das Gesetz als Garant gegen jedwede Willkür steht und dass dieses Gesetz unter allen Umständen Beachtung finden muss.

6. April 1957

Ein aufschlussreicher Brief

Frau
Dr. Ilse Bab
Bürogeschäftsstelle der CDU

29. März 1957
Go/En.

Bonn / Rhein

Massestr. 2

Sehr geehrte Frau Dr. Bab!

In Ihrem Mitteilungsbett "Frau und Politik" vom 15. März 1957 bringen Sie auf Seite 5 unter der Überschrift "Demokratie in den Rathäusern" eine Darstellung, derzufolge die SPD aus den kommunalen Jugendausschüssen in Köln und einigen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen die katholischen Jugendverbände herausgewählt hat, um die "Falken" an ihrer Stelle hineinwählen zu lassen. Bereits am 31. Jan. 1957 brachte die SPD-Stadtratsfraktion in Köln eine ausführliche Berichtigung eines Briefes des Bundes der deutschen katholischen Jugend in Kölner Tageszeitungen, in dem ähnlich unsachlich berichtet wurde. Aus diesem Bericht, der also bereits zwei Monate vor der Veröffentlichung in Ihrem Blatt erschienen ist, geht ganz klar hervor, dass es sich nicht etwa darum handelt, die katholische Jugend irgendwie herauszuwählen, sondern dass auf einen Platz, der der konfessionellen Jugend zur Verfügung steht und bis jetzt von der katholischen Jugend innegehabt war, nun ein evangelischer Jugendverband kommen sollte. Ähnlich verhält es sich auch in den anderen von Ihnen angegebenen Städten.

In aller Fairness müssten auch Sie zugestehen, dass es nicht von einer "unchristlichen Einstellung" zeugt, wenn man für einen für konfessionelle Jugendbewegungen vorbehaltenen Platz im Turnus auch der protestantischen Jugend eine Chance gibt.

Es ist sehr bedauerlich, dass nicht nur bei den männlichen Wahlstrategen Ihrer Partei, sondern auch bei den Frauen diese Methodender Verdrehung von Tatsachen angewandt werden.

Schliesslich hätten ja gerade die Frauen die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass auch in Wahlzeiten die Auseinandersetzungen auf einer sachlichen Basis geführt werden und nicht mit Verleumdungen und unrichtigen Darstellungen.

Hochachtungsvoll

Herta Gotthelf

(Anmerkung der Redaktion: Frau Dr. Ilse Bab ist die Frauensekretärin der CDU).

Wer hat Recht ?

H.R. - Wer sich die Arbeit macht und keine Mühen scheut, kann auf den von den CDU/CSU-Abgeordneten veranstalteten Rentner-Versammlungen recht interessante Behauptungen hören. So äusserte dieser Tage der CDU-Abgeordnete Varelmann, der auch zu den 38 DGB-Mitgliedern der CDU gehört, die bei den Rentengesetzen bei 20 namentlichen Abstimmungen gegen die Forderungen des DGB zur Rentenreform stimmten, eine völlig neue Version über die von der Regierung propagierte "soziale Sicherheit, die jetzt erreicht sei".

Varelmann, der kürzlich in Hannover sprach, wurde unter anderem gefragt, warum man bei den Renten geben würde, was beim Lastenausgleich, bei den Entschädigungen für Verfolgte des Naziregimes und bei der KB-Versorgung wieder durch Anrechnung genommen würde. Statt frei heraus zu bekennen, dass er gegen die SPD-Anträge gestimmt habe, die die Kürzungen vermeiden wollten, blieb er die Antwort schuldig. Sie wäre auch schwer gefallen, angesichts seiner wagen Ausführungen über die Gründe warum die Rentengesetze erst im Januar 1957 und dann auch noch in dieser Form verabschiedet wurden.

Herr Varelmann war offensichtlich schlecht unterrichtet. Ein Diskussionsredner erinnerte ihn an die Rundfunkrede Adenauers, worin es hieß "keine Angst vor Not und Sorge im Alter" und meinte fragend, ob man denn mit 21.-- DM, das sind -.70 DM pro Tag, der Not steuern könne. Varelmann meinte hierzu: Die Mehrheit des Parlaments diskutierte ernsthaft die Einführung einer "gehobenen Fürsorge" für Rentner, die nicht mehr entehrend wie die allgemeine Fürsorge sein werde. Diese gehobene Fürsorge werde vielleicht noch in diesem Jahre Gesetz werden !

Ganz abgesehen davon, dass der CDU-Abgeordnete schon früher Gelegenheit hatte, jegliche Fürsorgeunterstützung für Rentner zu vermeiden, wenn er sich für den Antrag der SPD, Mindestrenten einzuführen, eingesetzt hätte, wäre es für wahr von Interesse, wieso Herr Varelmann die Notwendigkeit einer Reform der Rentengesetze betont, wenn sein Parteivorsitzender, Dr. Adenauer, davon spricht, dass die Rentengesetze in der Bundesrepublik Sicherheit für die Wechselfälle des Lebens bringen und einen Lebensabend frei von Not und Sorge gewähren. Wollte er Dr. Adenauer Lügen strafen oder haben auf Herrn Varelmann die Worte des Oppositionsführers Eindruck gemacht, der damals am 22. Jan. 1957 feststellte, dass die soziale Neuordnung erst noch in Angriff genommen werden müsse ?

* * *

Interview Erich Ollenhauer mit "Observateur"

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, gab dem Bonner Korrespondenten des Pariser "Observateur", Jacques Eiver, ein Interview, das am 4. April 1957 veröffentlicht wurde. Nachstehend die wortgetreue Übersetzung des Interviews.

Frage: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verlangt "Sicherheit für alle". Die Bedeutung dieser Parole kann durch die drohenden Gefahren, die auf der internationalen Lage lasten, ausreichend gerechtfertigt werden. Andererseits erlauben aber auch positive Erscheinungen der politischen Entwicklung viele Hoffnungen. Welche sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Voraussetzungen für eine wirkliche allgemeine Sicherheit?

Antwort: Die wichtigsten Voraussetzungen für eine wirkliche allgemeine Sicherheit im Weltmaßstab sind meines Erachtens das Zustandekommen eines allgemeinen internationalen Abrüstungsabkommens, der Abbau der militärischen Blockpolitik und die Stärkung der UNO mit dem Ziele, dieser Weltorganisation im Einverständnis aller ihrer Mitglieder eine Exekutive zu geben, die in Fällen von drohenden Konflikten eingesetzt werden kann.

Für die Sicherheit Europas ist die wichtigste Voraussetzung die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen und die Ablösung der militärischen Blockpolitik durch ein System kollektiver Sicherheit, an dem das wiedervereinigte Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten beteiligt ist wie die übrigen europäischen Staaten und dessen Bedarf von den USA und der UdSSR garantiert wird.

Frage: In der Frage der Wiedervereinigung gibt es zwischen der Regierung Adenauer und Ihrer Partei etwas Gemeinsames: Sie wollen beide freie Wahlen, lehnen aber Gespräche mit Parkow ab und verlangen von den vier früheren Besatzungsmächten, dass sie die deutsche Einheit wieder herstellen. Wo beginnen die praktischen und "doktrinären" Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und den Regierungsparteien?

Antwort: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Opposition in dieser Frage beginnen schon bei der Vorstellung des Regierungschefs und seiner politischen Freunde, dass die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Zugehörigkeit der Bundesrepublik - also des westlichen Teiles Deutschlands - zur NATO erreicht werden kann. Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO hat nach meiner Überzeugung die Wiedervereinigung gefährdet. Er hat automatisch dazu geführt, dass jetzt

beide Teile Deutschlands Bestandteil von zwei verschiedenen militärischen Organisationen geworden ist, mit deren Hilfe diese beiden Teile Deutschlands gegeneinander aufgerüstet werden. Die weitere Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und Opposition ergibt sich aus der mehrfach von der Regierung Adenauer zum Ausdruck gebrachten Vorstellung, dass dieser von mir geschilderte Zustand nicht eine deutsche Initiative mit dem Ziele seiner Überwindung erforderlich macht. Die Bundesregierung betrachtet das von ihr gebilligte militärische und politische Vertragssystem mit dem Westen als "unantastbar" und lehnt jeden Vorschlag der Opposition, in Zusammenarbeit mit den Vertragspartnern Veränderungen anzustreben, ab.

Frage: Wie kann man in grossen Zügen das Endergebnis umreissen, zu dem diese beiden auseinanderlaufenden Thesen führen würden ?

Antwort: Das Endergebnis der Politik der Bundesregierung ist nach meiner Überzeugung die Verhärtung der Spaltung Europas und Deutschlands, die Fortsetzung des Wettrüstens zwischen Ost und West und die ungeheure Gefahr, dass es unter diesen Umständen kaum möglich sein dürfte, erfolgversprechende Verhandlungen auf internationaler Ebene über eine notwendige Entspannung zu führen.

Frage: Glauben Sie, dass eine neue deutsche Aussenpolitik nur nach dem Sturz der Adenauer-Regierung möglich wäre ?

Antwort: Ich bin überzeugt davon, dass eine neue deutsche Aussenpolitik nur nach dem Sturz der Adenauer-Regierung möglich ist, weil alle bisherigen Versuche, den Bundeskanzler von seinem verhängnisvollen Weg abzubringen, gescheitert sind.

Frage: Welche Initiativen von deutscher Seite gegenüber den Westmächten und der UdSSR könnten ins Auge gefasst werden, falls nach den nächsten Wahlen eine von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geleitete Regierung ans Ruder käme ?

Antwort: Eine von der SPD geleitete Regierung würde zunächst den Versuch unternehmen, die Westmächte davon zu überzeugen, dass es auch in ihrem Interesse liegt, eine Politik gegenüber der Sowjetunion anzusteuern, die die Entlassung der sogenannten DDR aus dem Warschauer Paktsystem und der Bundesrepublik aus der NATO zum Ziel hat. Im Hinblick auf die Bundesrepublik sind in den Verträgen mit den Westmächten bereits Revisionsmöglichkeiten für das gegenwärtige Verhältnis vorgesehen. Als nächsten Schritt würde eine von der Sozialdemokratie geführte Bundesregierung im Einvernehmen mit den Westmächten die Regierung der Sowjetunion direkt vor die Frage stellen, ob sie bereit sei, der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen zuzustimmen, wenn das wiedervereinigte Deutschland seinerseits sich verpflichtet, nicht den jetzt einander gegenüberstehenden mili-

6. April 1957

tärischen Blöcken anzugehören, sondern Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems zu werden. Um die Bereitschaft für Verhandlungen über diese Frage zu fördern, würde eine von der Sozialdemokratischen Partei geführte Bundesregierung das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht abschaffen.

Frage: Was verstehen Sie genau unter dem "militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands" ?

Antwort: Unter dem "militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands" verstehe ich die im Einvernehmen mit allen interessierten Mächten - einschliesslich Deutschland - festgelegte militärische Position, die von keinem der früheren Kriegsgegner Deutschlands als Bedrohung empfunden werden kann. Es ist allgemein bekannt, dass die deutsche Sozialdemokratie diese Möglichkeit nur für gegeben hält, wenn es gelingt, an Stelle der militärischen Blockpolitik in Europa ein kollektives Sicherheitssystem zu setzen. Alle europäischen Staaten - einschliesslich Deutschland - die sich an diesem Sicherheitssystem beteiligen, müssten die Verpflichtung übernehmen, jeden Angriff auf ihre Freiheit - ganz gleich von welcher Seite aus er erfolgt - gemeinsam abzuwehren. Bei Zustandekommen eines solchen kollektiven Sicherheitssystems würde der militärische Status Gesamtdeutschlands durch Verhandlungen aller Beteiligten festgelegt werden. Wenn die beiden Hauptmächte im Weltmassstab - die USA und die Sowjetunion - für dieses europäische Sicherheitssystem und dessen Funktionieren eine Garantie übernehmen, ist damit mehr für die Sicherheit der europäischen Völker, aber auch für die Sicherheit der USA und der Sowjetunion erreicht, als durch die gegenwärtigen Militärpakte. Eine sozialdemokratische Regierung würde ferner vorschlagen, dass das von ihr angestrebte kollektive Sicherheitssystem in Europa auf der Grundlage und im Rahmen der Satzungen der Vereinten Nationen als regionale Vereinbarung der europäischen Staaten anerkannt wird, so dass in kritischen Situationen ausser der Garantie der Grossmächte auch die Autorität der UNO eingesetzt werden könnte.

Frage: Es ist immer wieder betont worden, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das unveräusserliche Recht behalten müsse, über seine "militärischen Allianzen" frei zu entscheiden. Glauben Sie nicht, dass dieser juristische Standpunkt den sowjetischen Machthabern genau so gefährlich scheinen kann, wie zum Beispiel die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO ? Ausserdem spricht man heute viel von den freiwilligen Einschränkungen der nationalen Souveränität. Ist das militärische Gebiet nicht gerade das erste, auf dem solche Einschränkungen zum Wohle der allgemeinen Sicherheit freiwillig zugestanden werden könnten ?

Antwort: Es ist selbstverständlich, dass ein wiedervereinigtes Deutschland auch nach sozialdemokratischer Auffassung frei über seine Beziehungen zu anderen Völkern entscheiden soll,

6. April 1957

Wir werden aber zur Wiedervereinigung nur kommen, wenn vorher eine Vereinbarung zwischen den vier Mächten und den Deutschen über den zukünftigen militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands herbeigeführt wird. Eine solche Vereinbarung würde eine Einschränkung der nationalen Souveränität bedeuten, aber sie liegt so sehr im Interesse der Sicherheit des deutschen Volkes und der europäischen Völker, dass sie akzeptiert werden sollte.

Frage:

Die letzte diplomatische Offensive des Kreml richtet sich gegen den Gemeinsamen Markt, indem sie behauptet, dass es ein neues Hindernis auf dem Wege der Wiedervereinigung darstelle. Dies scheint eine propagandistische Übertreibung zu sein. Wenn aber die Anstrengungen der "kleinen Europäer" zu einem "westeuropäischen Staat" führen sollten, in dessen Gemeinschaft Westdeutschland allein verschmelzen würde, wäre dann das Problem der Wiedervereinigung nicht einfach überholt?

Antwort:

Ich bin der Meinung, dass man auch in diesem Falle die sowjetischen Warnungen nicht zu leicht nehmen sollte. Wir haben ja in der Vergangenheit zu unserem Leidwesen feststellen müssen, dass Warnungen ähnlicher Art von dieser Seite sehr ernst gemeint waren. Tatsache ist, dass die Sowjetunion die Bundesregierung wenige Tage vor dem Eintritt der Bundesrepublik in das atlantische Paktsystem gewarnt hat und dass man seither - nachdem diese Warnung in Bonn offenbar nicht ernstgenommen worden war - in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands keinen Schritt weitergekommen ist. Aus diesem Grunde muss dafür Sorge getragen werden, dass der Gemeinsame Westeuropäische Markt auf Vertragsgrundlagen ruht, die es jederzeit ermöglichen, auch Osteuropa mit einzubeziehen. Auch die praktische Politik des Gemeinsamen Marktes müsste stets von der Voraussetzung ausgehen, dass die Einbeziehung osteuropäischer Staaten möglich bleibt. Die ökonomische Abkapselung Westeuropas von Osteuropa wäre gewiss genau so verhängnisvoll für die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens in Europa wie die Versuche der Vergangenheit, westeuropäische Politik in erster Linie unter dem Aspekt militärischer Überlegungen zu machen. Außerdem verlangt die Sozialdemokratie, dass die Entscheidungsfreiheit des wiedervereinigten Deutschlands über seine Zugehörigkeit zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zu Euratom ausdrücklich vertraglich anerkannt wird.

* * *